

Sozialdemokrat

Zentralorgan der deutschen sozialdemokratischen Arbeiterpartei in der tschechoslowakischen Republik.

Redaktion und Verwaltung: Prag II. Havlíčkovo nám. 32. Telefon 6795, nachts 6797. Telegramm-Adresse: Sozialdemokrat Prag. Postparzialkonto 57544.

Einzelpreis 70 Heller. Bezugsbedingungen: Bei Zustellung ins Haus oder bei Bezug durch die Post monatlich 16—Kč, vierteljährlich 48—Kč, halbjährig 96—Kč, ganzjährig 192—Kč. Für Deutschland 16—Mk. Erscheint mit Ausnahme des Montag täglich früh.

Bayern vor dem Bürgerkriege.

Vorbereitungen zum Putsch.

Berlin, 14. September. (Eigenbericht des „Sozialdemokrat“.) Die Situation in München wird ständig kritischer. Sonntags war Erzherzog Ludwig in München mit einer Anzahl männlicher Mitglieder seiner Familie. Er reiste erst Montag von München ab und es muß angenommen werden, daß er mit politischen Persönlichkeiten Besprechungen gehabt hat. In den letzten Nächten wurden ständlich Waffen- und Munitionstransporte aus der Kammersegegend, die mit Autos nach München gebracht werden, beobachtet. Man schafft aus dem dort befindlichen geheimen Lagern, die in Klöstern und Bauerngütern untergebracht sind, Waffen und Munition nach München zur Unterstützung eines reaktionären Putsches. Die Deutschnationalen arbeiten mit allen Mitteln daran, Kahr wieder zum Ministerpräsidenten zu machen. Gelingt ihnen das nicht, so sind schwere Verwicklungen zu erwarten. Bereits kommen täglich aus Norddeutschland zahlreiche Falkenkreuzler in München an, die die Truppen der Reaktion verstärken wollen. Die „Freiheit“ bringt im Verlaufe der heutigen Abendausgabe zahlreiche Material über die Vorbereitung der Gegenrevolution und schreibt hierzu: „Die Situation ist ernster und drohender als es nach außen den Anschein hat. Die Reaktion kämpft mit dem Einsatz aller Kräfte um ihre Existenz. Es kann deshalb kein Verhandeln und kein Paktieren mit ihr geben, sondern nur unerbittlichen Kampf. Die Regierung darf keinen Tag mehr verlieren, um die Pläne der reaktionären Unflüchtler rechtzeitig zu durchkreuzen. Es geht nicht nur um die Existenz der Republik, sondern auch um die Einheit des Reiches, die die Reaktionäre zerreißten wollen. Alle versassungsmäßigen Freiheiten, alle Grundlagen der Demokratie stehen auf dem Spiele, wenn die Regierung zögert, mit fester Hand in das reaktionäre Verwirrwortwerk hineinzugreifen, um die militärischen Stützpunkte zu zerstören und die Hitzel der Konterrevolution in Bayern zu Fall zu bringen.“

Die Rechtsputschisten.

Berlin, 13. September. Der Vorsitzende der Deutschnationalen Abg. Herget hat jüngst in einer Unterredung mit einem Pressevertreter vor einem Gewaltstreik gewarnt. Zu dieser Warnung des Herget wurde durch ein vorhergegangenes dringendes Ersuchen des Reichskanzlers bestimmt. Denn, wie die Zentrum-Parlamentskorrespondenz mitteilt, besitzt Reichskanzler Wirth unausgezeichnetes Material dafür, daß rechtsgerichtete Kreise für die nächste Zeit Gewalttaten planen, weshalb Reichskanzler Wirth Herget ersuchte, seinen Einfluß dagegen aufzubieten.

Kahr bleibt uns vorläufig erhalten.

München, 13. September. Der „Staatszeitung“ zufolge wird die Neuwahl des bayerischen Ministerpräsidenten kaum vor 2 bis 3 Wochen erfolgen. Erst seit der Landtag einzuuberufen, zweitens mühten die Verhandlungen mit dem Reich weitergeführt werden, drittens würden sich die Parteien mit der gegebenen Lage und mit der Frage der künftigen Koalition zu beschäftigen haben.

Der Mord an Erzberger.

Weitere Verhaftungen.

München, 14. September. (Wolff.) Hier sind 7 Personen verhaftet worden, die nach den bisherigen Ergebnissen der Untersuchung in Beziehungen zu dem Mord an Erzberger standen. Es handelt sich meist um ehemalige aktive oder Reserveoffiziere, die größtenteils der Marine angehörten und sich teils seit Wochen, teils

kürzerer Zeit in München, angeblich zu Studienzwecken aufhielten. U. a. wird ein gewisser Manfred Kilinge beschuldigt, die Tat mit Schulz und Tlesken besprochen zu haben, ferner hat er deren Gepäck bei sich aufbewahrt. Die übrigen Beschuldigten stehen im Verdachte, in den Plan eingeweiht gewesen zu sein, aber keine Anzeige erstattet zu haben. Weiters sind zwei Personen festgenommen worden, denen Mittäterschaft zur Last gelegt wird. Zu den Verhafteten gehören keine eingewesenen Münchner.

Berlin, 14. September. (Eigenb. d. „Sozialdemokrat“.) Kilinge, einer der Verhafteten, war Befehlshaber der Ehrhardtbrigade. Er gilt als die zuverlässigste Stütze Erzbergers. Er hatte die Ueberführung der Marinebrigade Ehrhardt nach Bayern geleitet und dort eine Wehrzentrale unterhalten. Sein Name ist im Herbst vorigen Jahres, als sich die Brigade Ehrhardt in Bayern ansässig machte, wiederholt genannt worden, ohne daß die Behörde eingeschritten wäre, obwohl die Bildung bewaffneter Haufen nach dem Strafgesetzbuch geahndet werden muß.

Berlin, 13. September. Das „Berl. Tageblatt“ meldet in einem Telegramm aus München, daß dort bei einer Hausdurchsuchung in den Zimmern, in welchem die beiden Mörder Erzbergers wohnten, viel kompromittierendes Material gefunden wurde, worauf etwa 20 Personen verhaftet worden sind, hauptsächlich Angehörige der Brigade Ehrhardt, der auch die beiden Attentäter angehört haben. Es läßt sich noch nicht entscheiden, ob diese Verhaftungen mit dem Mord an Erzberger und auch an Gareis zusammenhängen, oder ob es sich um verdächtige Waffenschließungen als Vorbereitung zu einem monarchistischen militärischen Rechtsputsch in Südbayern handelt.

Die Münchner Polizei als Beschützerin der Mörder.

Berlin, 14. September. Die Fäden der Verschwörung laufen offenbar in München zusammen, wo die Organisation Ehrhardt eine regelrechte Mörderzentrale unterhält, der auch zweifellos Gareis zum Opfer gefallen ist. Es ist festgestellt, daß die Mörder selbst von Hause aus keine kostspieligen Geldmittel verfügten. Ihre kostspieligen Reisen nach Berlin und nach dem Schwarzwald, sowie ihre Flucht seien von der Organisation Ehrhardt finanziert worden, die sich seit mehr als einem Jahre der besonderen Protektion der Münchner Polizei erfreut. Wäre in ganz Deutschland eine ebenso sichere wie einwandfreie Polizei vorhanden gewesen, wie in Berlin, so wäre es wahrscheinlich schon gelungen, die Mörder zu verhaften. Es sei jedenfalls nachgewiesen, daß die Mörder sich noch am 31. August abends in München aufgehalten hätten, obwohl zu dieser Zeit schon das Signalement der Mörder bereits längst bekannt war, das ganz charakteristische Merkmale aufweist. Die Münchner Polizei hat keinerlei Recherchen in jenen Kreisen der Ehrhardt-Organisation veranstaltet, wo es so nahe lag, nach den Mordern zu fahnden. Deshalb halten wir, so erklärt der „Vorwärts“, allen Ablehnungsversuchen bayrischerseits gegenüber unsere Behauptung aufrecht, daß die Münchner Polizei mit Mitschuldigen daran ist, daß die Täter entkommen sind. Erst als der badische Generalstaatsanwalt mit ausdrücklichen weitgehenden Vollmachten seiner Regierung ausgerüstet in München erschien, setzte die Mitwirkung der dortigen Polizei ein.

Berlin, 14. September. (Wolff.) Oltwig von Hirschfeld ist nicht in Freiheit, sondern verbüßt seit dem 10. ds. weiter seine im Februar über ihn verhängte Strafe. Der neue Haftbefehl wegen Mordverdachts ist aufgehoben worden.

Der Zusammenbruch der Regierung Kahr.

München, 12. September 1921.

Der bayerische Ministerpräsident von Kahr und der deutschnationale Justizminister Dr. Roth sind zurückgetreten. Damit sind die Hauptvertreter der bayrischen Rebellionspolitik gegen das Reich, die ausgeprägtesten Vertreter des separatistischen und monarchistischen Gedankens aus der bayrischen Regierung ausgeschieden. Der Justizminister Roth war als extremer Anhänger einem großen Teil der herrschenden Merkmalen der bayerischen Volkspartei schon lange ein Dorn im Auge und man suchte nur nach einem Anlaß, ihn aus der Regierung zu drängen. Aber der Ministerpräsident von Kahr ist Mitglied des Landesausschusses der bayerischen Volkspartei, war der Vertrauensmann dieser Partei in der Regierung und trotzdem hat ihn die eigene Partei gestürzt, weil sie seine reichsfeindliche Katastrophenspolitik nicht weiter mitmachen konnte. Die Reichsregierung verlangte die Beseitigung des Ausnahmezustandes in Bayern und kam der bayrischen Regierung, um ihr die Erfüllung dieser Forderung zu erleichtern, in weitestem Maße entgegen. Die Verordnung des Reichspräsidenten vom 29. August, die Handhaben bot zum Verbot von Zeitungen und Versammlungen, die sich gegen die republikanische Staatsform vergingen, wurde in der Verhandlung Bayerns mit der Reichsregierung so abgeändert, daß den Wünschen Bayerns in weitem Maße Rechnung getragen wurde. Damit war aber die bayrische Regierung nicht zufrieden. Der ständige Ausschuss des bayerischen Landtages verhandelte am Samstag über diese abgeänderte Verordnung, die ihm als Entwurf vorlag. Vorher waren die Koalitionsparteien zusammengetreten, um Stellung zu nehmen zu diesem Entwurf. Und es hatte den Anschein, als ob es zu einer Verständigung mit Berlin kommen sollte. Aber am späten Nachmittag traf der bekannte Merkmal Bauer, dessen Monarchie und Separatistische Einstellung bekannt ist. Von dem Augenblick an, da er in die Verhandlungen der Koalitionsparteien eingriff, war die Hoffnung auf Verständigung geschwunden. Er sprach sich gegen jedes Nachgeben in der Frage des Ausnahmezustandes aus und verlangte die unbedingte Wahrung der Selbstständigkeit Bayerns gegenüber der Reichsregierung. Damit wurde der hochbeinige Widerstand Kahr's erheblich gestärkt. Bisher konnte er sich nur auf die Deutschnationalen stützen, denn in den Kreisen seiner Partei war die Stimmung stark für die Verständigung. Das Auftreten Dr. Heim's führte zu lebhaften Auseinandersetzungen innerhalb der Koalitionsparteien, wobei die Deutschnationalen dem Ministerpräsidenten und dem Dr. Heim kräftig Assistenz leisteten.

In der Nachtigung des ständigen Ausschusses in der Nacht vom Samstag zum Sonntag versuchte die bayerische Volkspartei den Ministerpräsidenten darauf festzulegen, daß er nach Abänderung der Verordnung vom 29. August, der Aufhebung des Ausnahmezustandes ablehnte. Man versuchte noch in der Nacht eine verbindende Erklärung des Ministerpräsidenten für oder gegen den Ausnahmezustand zu erlangen. Er ließ den Landtag aber zwei Stunden auf sich warten, und dann zu erklären, daß er sich am Samstag nicht mehr entscheiden könne. Während er dem Ausschuss mitteilen ließ, er wünsche allein zu bleiben, konterferte er eingehend mit dem deutschnationalen Justizminister und war ständig belagert von deutschnationalen Militärs und ehemaligen Führern der Einwohnerwehr. Es gingen überhaupt hinter den Kulissen Dinge vor sich, über die in den offiziellen Berichten nichts zu lesen ist. So war der Ministerpräsident noch am Tage vor den entscheidenden Beratungen in Verhandlungen mit dem Wittelsbacher Erzherzog-

prinzen Rupprecht zusammen und hat auch mit anderen Politikern, insbesondere der äußersten Rechten eingehende Besprechungen gehabt, die nicht ohne Einfluß auf den Gang der Ereignisse waren.

Nachdem nun in der Sonntagsfrüh des ständigen Ausschusses die Vorbehalte, die Kahr für die Aufhebung des Ausnahmezustandes machte — er wollte ihn erst ausheben, „wenn die Verhältnisse es erlauben“, das heißt, wenn es ihm paßt — vom gesamten Ausschuss einschließlich der Stimmen der bayerischen Volkspartei, nur gegen die Stimmen der Deutschnationalen abgelehnt waren, blieb dem Ministerpräsidenten und dem deutschnationalen Justizminister nichts anderes übrig, als der Rücktritt. Dieser Rücktritt bedeutet aber in der gegenwärtigen Situation einen schmachvollen Zusammenbruch. Heute nachmittag erklärte, wie vorausgesehen war, nach einer kurzen Ministerratsitzung, das gesamte bayerische Kabinett Kahr seine Demission. Das Plenum des Landtages wird wohl noch Ende dieser Woche zusammentreten müssen, zur Neubildung der Regierung.

Ueber die Kräfte, die zum Zusammenbruch des Ministeriums Kahr geführt haben, ist noch zu erwähnen, daß die Widerstände gegen die Kahrpolitik innerhalb der bayerischen Volkspartei in letzter Woche schon sehr stark geworden waren. Diese Widerstände wurden noch verstärkt durch die entschiedene Ablehnung der christlichen Arbeiterkraft von der reichsfeindlichen Politik Kahr's. Die Kräfte, die auf einen Ausgleich mit Berlin hinarbeiteten, waren stärker geworden und Kahr und Roth waren dieser Politik der eifrigsten Widerstand. Dazu kam dann noch die geplante Aktion der sozialistischen und freigewerkschaftlichen organisierten bayerischen Arbeiterkraft, insbesondere in Nordbayern, die so gut vorbereitet war, daß ein weiterer Widerstand der bayerischen Regierung das Signal gewesen wäre, über Nacht eine machtvolle Erhebung des bayerischen Proletariats für die Reichseinheit und gegen die reichsverräterische Politik Kahr's auszulösen. Es darf mit gutem Grund behauptet werden, daß dieser außerparlamentarische Druck der in dieser Frage völlig einigen sozialistischen Parteien und Gewerkschaften den Sturz der Regierung Kahr mit herbeigeführt, mindestens aber beschleunigt hat. Die Kräfte, die innerhalb der bayerischen Volkspartei auf die Lösung der Krise hingewirkt haben, waren einmal die christlichen Gewerkschaften, dann aber auch diejenigen Kreise der katholischen Intelligenz und der katholischen Bureaucratie, die seit jeher dem Bündnis mit den Deutschnationalen mit innerer Abneigung gegenüberstanden. Zu dieser Richtung gehören unter anderem der Präsident des Reichsfinanzhofes, Landtagsabgeordneter Speck und der frühere Minister Dr. v. Kiling. Bauernbund und Demokraten spielen bei der Entscheidung keine ausschlaggebende Rolle, sie ließen sich von der bayerischen Volkspartei ins Schlepptau nehmen.

Die Deutschnationalen, nun in die Opposition gekommen, werden jetzt einen wütenden Kampf gegen die bayerische Volkspartei führen, denn es kann sich beim Regierungswechsel nicht nur um einen Personen-, sondern es muß sich um einen Systemwechsel handeln, und das bedeutet die Abkehr von der bisherigen und das bedeuten die Politik. Es wird sich darum handeln, ob die Rechtssozialisten in das neue Kabinett eintreten, oder ob die bayerische Volkspartei mit den Demokraten und dem Bauernbund eine rein bürgerliche Regierung bilden werden. Das Stärkeverhältnis der Parteien ließe auch eine solche Möglichkeit zu. Es darf aber wohl damit gerechnet werden, daß die Rechtssozialisten von der bayerischen Volkspartei zum Regierungseintritt eingeladen werden.

Um so schärfer wird aber der Kampf der Deutschnationalen gegen die neue Regierung

werden. Alles deutet darauf hin, daß die Militärs noch im letzten Augenblick eine gewaltsame Lösung des Konfliktes suchten. Noch ist nicht alle Gefahr von dieser Seite vorüber. Die alldentschen Militaristen in Bayern tragen sich in gewissen Kreisen immer noch mit dem Gedanken, einen Gewaltstreich zu versuchen und alles auf diese Karte zu setzen. Mit dem Sturz der Regierung Raab ist deshalb noch keine Gewähr für die Aufhebung des Ausnahmezustandes und für die Sicherung der Republik gegeben, solange die Rechtsputschisten nicht von ihren Plänen abkommen. Deshalb hält auch die sozialistische und freigewerkschaftliche Arbeiterchaft Bayerns noch weiter höchste Bereitschaft, um im Falle eines Rechtsputsches sofort einzugreifen gegen die militärischen Reichsverräter, für die einheitliche Republik! Der Sturz der Regierung Raab kann nur der Anfang sein zu einer gründlichen Umschwung in Bayern, der Beginn eines schweren Kampfes gegen die militärisch-monarchistische Reaktion, die sich unter dem System Raab in Bayern festgesetzt hatte, um von hier aus das Reich politisch für sich zurückzuerobern.

Felix Fechenbach.

Hunger und Epidemien in Georgien.

Das erschütternde Schicksal Georgiens hat Genosse Kautsky am 20. Feber auf dem Kongress der internationalen Arbeitsgemeinschaft der Welt geschildert. Das Muster einer sozialdemokratischen freien Republik, wurde das Land ohne Grund, ohne Kriegserklärung von den Bolschewiki besetzt, weil sie dem Imperialismus ihrer Ideologie zu liebe, und um Englands Imperium zu gefährden, eine Brücke zu dem nationalistischen General Denikoff brauchten. Die einstige sozialdemokratische Regierung des Landes hat dort nichts mehr zu sagen, weil Herr im Lande nur die rote Armee ist, aber sie hat es für ihre Pflicht gehalten, wenigstens dem Namen nach auf dem Posten zu bleiben, und so das Widerrechtliche der Bolschewikenherrschaft zu dokumentieren. Der Präsident der Regierung, Gen. N. Jordanis, und der Präsident der gesetzgebenden Versammlung, Gen. N. Tschidze, erlassen nun folgenden Aufruf:

Wir wenden uns an Euch im Namen des georgianischen Volkes, welches unter dem Joch der Okkupation schwächet und alle Schrecknisse des Hungers, des Typhus, der Cholera und Pest zu ertragen hat, weshalb es auf der höchsten Stufe der Verzweiflung angelangt ist.

Im Laufe der dreijährigen Existenz der unabhängigen georgianischen Republik hat unser Volk weder die Schrecken des Hungers noch die Geißel der Epidemien gekannt. Aber die Verhältnisse haben eine grundlegende Änderung erfahren, seitdem die Herr der Moskauer Regierung vor sechs Monaten unser Land überflutet und okkupiert haben, um die imperialistische Politik der Bolschewiken im Orient zu realisieren.

Winnen kurzer Zeit waren die Lebensmittelreserven der Bevölkerung erschöpft; ein Teil der Vorräte wurde von den Sowjetarmeen und von der unzähligen bolschewistischen Bürokratie aufgebraucht, ein anderer Teil aber wurde als Kriegsbeute nach Rußland ausgeführt.

Mit ihren unverantwortlichen Dekreten, ihrer Gewalttätigkeit, und indem sie alles unter dem Deckmantel von Militärrequisitionen rauben, haben die okkupierenden Bolschewiki unser ökonomisches Leben desorganisiert, jede produktive Arbeit gehemmt, unsere Industrie erstickt, unsere Agrilkultur paralysiert. Die Petroleumproduktion ist in Georgien um 87% gesunken. Beinahe alle Fabriken und Werkstätten haben schließen müssen. Die Fläche der sämtlichen besäeten Felder ist um 50% heruntergegangen. Der Verkehr der Eisenbahnen ist auf Null gesunken.

Und die Bolschewiken verlangen jetzt noch dazu von der Bevölkerung, die ohnedies schon ruiniert und in das Elend gedrängt worden ist, neue Kontributionen von 50 Milliarden Rubel und gewaltige Mengen von Gewürzen und Wolle.

Als Resultat haben wir: Hunger, Typhus, Cholera, Pest. — Die Menschen fallen vor Hunger auf den Straßen von Tiflis um. Die Mütter begeben Selbstmord, um nur die Leiden ihrer Kinder nicht mehr sehen zu müssen.

Mit jedem Tag wird das Joch der Besetzung drückender. Indem die Bolschewiki ihren imperialistischen Abenteuer nachgehen, und unser Land zum „place d'armee“ für die neuen Ausfälle gemacht haben, fahren sie fort, ihre Regimenter in Grusien zu konzentrieren, die wie Heuschrecken aufs Land niederfallen. Die Truppen bekommen kein Stück Brot von Rußland und bemächtigen sich bei der Bevölkerung alles dessen was ihnen notwendig ist, um das Leben zu sichern.

Der Freiheit beraubt, kann das georgische Volk mit eigenen Kräften diese schwere Bräu-

fung nicht bestehen. Der Hunger und die Krankheiten kamen nach Georgien von auswärts; von auswärts muß auch die Hilfe kommen.

Die Völker Europas und Amerikas, welche bereit sind, ihren Brüdern, die weit entfernt wohnen, Hilfe zu leisten sollen wissen, was für Hilfe Grusien von ihnen erwartet:

1. Es ist notwendig, mit aller Dringlichkeit nach Georgien Gewürzen und Arzneimitteln zu senden. Aber diese Hilfe muß so organisiert sein, daß die eingeführten Vorräte der bedürftigen Bevölkerung zu teil werden, daß sie also keineswegs in die Hände der sowjetischen Beamten und der Heeresstruppen fallen, welche schon ohnehin das Land verderben.

2. Es ist die Pflicht der freien Völker, ihre Stimme zu erheben, um dem georgischen Volke zu helfen, das Joch der Besetzung abzuschütteln. Nun, da die Bolschewiken das unermessene Elend nicht mehr verheimlichen können, von welchem das russische Volk noch vor unserem Lande betroffen worden ist, nun, wo die Machthaber von Moskau verpflichtet sind, von der ganzen Welt Abhilfe dringend zu erbitten, um gegen den Hunger zu kämpfen, welcher sich in Rußland aus ihrer eigenen Verschuldung eingemischt hat, nun ist die Zeit gekommen, wo die freien Völker sich über das letzte Verbrechen der Autokraten vom Kreml äußern können, über das Verbrechen, welches am georgischen Volke begangen wurde. Verlangt also entschieden zusammen mit uns, daß die bolschewistische Armeeen Georgien verlassen und uns selbst die Freiheit wiedergeben, aber unser eigenes Schicksal zu entscheiden.

Inland.

Eine Geschichtsfälschung. Im Kreise der tschechischen Patrioten ist es nach dem 28. Oktober 1918 üblich geworden, nachzuweisen, daß das gesamte tschechische Volk, alle seine Gesellschaftsklassen und Parteien im alten Oesterreich an nichts anderes gedacht haben, als an den Sturz der Dynastie, die Befreiung des tschechischen Volkes aus den Fesseln des Habsburgischen Herrscherhauses. Anlässlich des fünfzigjährigen Jubiläums des kaiserlichen Reskripts vom 12. September 1871 haben wir eine Stelle aus diesem Reskript zitiert, wo von der unwandelbaren Treue des tschechischen Volkes zum angejammten Habsburgerhause gesprochen und das tschechische Volk als eine der festesten Stützen der Habsburger-Dynastie bezeichnet wird. Die „Narodni Listy“ behaupten nun in ihrer gestrigen Nummer in einer Notiz, daß wir diese Stelle des Reskripts, das natürlich keine tschechische Zeitung zitieren gut befaßt, falsch ausgelegt haben und daß wir unsere Argumente aus dem Referral der Gegner des tschechischen Staatsrechtes schöpfen. Um nun der „Narodni Listy“ zu zeigen, wer diese Gegner des tschechischen Staatsrechtes sind, von denen wir unsere Ansichten darüber entlehnt haben, daß die tschechische Bourgeoisie zu gewissen Zeiten sehr loyal gegenüber den Habsburgern gewesen ist und das nicht das böhmische Staatsrecht das Um und Auf des tschechischen Bürgertums gewesen ist, wollen wir ihnen die Schrift eines Mannes zitieren, der, soviel wir wissen, auch in der Redaktion der „Narodni Listy“ sich eines gewissen Ansehens erfreut. Dr. Karl Kramarsch sagt in seiner Schrift: „Anmerkungen zur böhmischen Politik“, erschienen in Wien 1906 auf Seite 74 folgendes: „Für mich beginnt leider die Politik nicht erst mit der Erneuerung des verwaltungsrechtlichen und gesetzgeberischen Inhaltes unseres Staatsrechtes, weil ich keine Möglichkeit sehe, unter normalen Umständen so bald zu dessen Realisierung zu gelangen. Und wieder dreißig Jahre lang durch die Wüste wandern, sich auf ein Wunder zu verlassen oder nur den Worten unserer staatsrechtlichen Propheten zu glauben, daß wir dann aber bestimmt ins gelobte Land kommen werden, — das wäre heute ein wenig Anachronismus und eine unverzeihliche Naivität.“ Herr Kramarsch hat also im Jahre 1906 den Glauben an das Staatsrecht als eine unverzeihliche Naivität bezeichnet. Und ein anderer bedeutender Führer des tschechischen Volkes, den die „Narodni Listy“ hoffentlich auch nicht verleugnen werden, K a i z l, sagte in der Sitzung des Abgeordnetenhauses vom 13. Dezember 1895: „Wir erblicken im Staatsrechte nichts anderes, als die Formel und zugleich den rechtlichen Titel für die föderative Ausgestaltung des Reiches.“ Nicht das böhmische Staatsrecht, sondern die Umwandlung Oesterreichs in eine Staatsföderation der es bewohnenden Nationen war das politische Ziel Kaizls und der von ihm geführten tschechischen Bourgeoisie. Am augenscheinlichsten aber zeigte sich der Patriotismus des tschechischen Bürgertums im alten Oesterreich in ihrer Stellung zum Militarismus. Das tschechische Bürgertum, und hier war abermals Kramarsch der Vorkämpfer, bewilligte dem Molocho Militarismus alles, was er wollte. Mit einer rührenden Offenheit be-

kennt dies Kramarsch in der schon angeführten Schrift: „Es ist geradezu dumm, sich gegen einen so mächtigen Faktor im Staate aufzulehnen, wie es die militärischen Kreise sind.“ Wir erinnern ferner die „Narodni Listy“ an ihre eigene Haltung in der Balkankrise des Jahres 1912. Während noch 1908 die tschechische Bourgeoisie die unglückliche Balkanpolitik Oesterreichs scharf kritisiert hatte, war sie während der Krise von 1912 überraschend loyal. Als die Frage des serbischen Hafens an der Adria spruchreif geworden war, suchten die „Narodni Listy“ die Serben von der Hafensforderung abzubringen und erklärten, die Tschechen würden sich „nicht zu unüberlegten Schritten verleiten lassen, wie es in der Zeit der Annexionskrise geschehen.“ Wenn der Kaiser Franz Joseph nach Prag kam, so überflossen alle tschechischen Blätter von Loyalität, die Sozolen, die Vorkämpfer der tschechoslowakischen Selbstständigkeit, standen Spalier. Von den Loyalitätsungebungen der tschechischen Bourgeoisie im Kriege wollen wir gar nicht erst reden. Es ist also eine Geschichtsfälschung, eine nationale Legende, die nach dem Umsturz von 1918 entstanden ist, daß die tschechische Bourgeoisie stets in unverzeihlicher Feindschaft dem Hause Habsburg gegenüber gestanden ist. Dieser Geschichtsfälschung entgegenzutreten, haben wir anlässlich der Erinnerung an das kaiserliche Reskript aus dem Jahre 1871 für unsere Pflicht gehalten.

Die „einseitliche deutsche Front“. Anstatt, wie wir es bisher taten, die Diskussion über die Frage der Beteiligung der tschechischen Sozialdemokraten an der allnationalen Regierung in erster sachlicher Weise weiterzuführen, hat sich das „Pravo Lidu“ auf die Suche nach einem Schwurzeugen begeben, der dafür Zeugnis ablegen soll, daß uns die Verechtigung mangelt, den tschechischen Sozialdemokraten wegen des Eintrittes in die Regierung Ausstellungen zu machen und glaubt wohl diesen Schwurzeugen in der — „Bohemia“ gefunden zu haben. Diese brachte nämlich vorgestern einen Artikel, in dem sie schreibt, daß vorläufig sämtliche Deutschen in der Republik geschlossen im schärfsten Abwehrkampf gegen das tschechische Regierungssystem stehen und daß nur scheinbar die Deutschen in zwei große Gruppen gespalten sind, während sie in Wirklichkeit den gleichen Weg gehen, so weit es sich um die nationale Frage handelt. Das Blatt setzt dann fort: „Und nur scheinbar fehlt ihnen das positive Ziel, als das man ja die Ablehnung des heutigen Regimes nicht bezeichnen kann. Aller Deutschen klares und unverrückbares Ziel ist die Erlangung des Selbstbestimmungsrechtes, der alle Maßnahmen der deutschen Parlamentarier aller Parteien offensichtlich gelten.“ Wer richtig zu lesen versteht und richtig lesen will, der wird daraus ramöglich den Vorwurf schöpfen können, daß die deutschen Sozialdemokraten etwa in einer Gemeinschaft mit den Deutschbürgerlichen sich befinden. Anders das „Pravo Lidu“, dem es offenkundig an ernstern Argumenten zu fehlen beginnt und das nun über die Auslassungen der „Bohemia“ sich erstaunt stellt, obwohl es doch wirklich nichts Neues ist, daß wir und wohl auch die Deutschbürgerlichen das Selbstbestimmungsrecht anstreben. Um aber den Eindruck zu erwecken, als würde es sich nicht bloß um den Kampf für das Selbstbestimmungsrecht, sondern um eine politische Gemeinschaft mit den Bürgerlichen handeln, fälscht das „Pravo Lidu“ dadurch das Zitat, daß es nach dem Worte „Ziel“ einen Punkt setzt und gerade den entscheidenden Satz unterschlägt. Dann allerdings glaubt es die Frage stellen zu dürfen: „Ist wirklich die äußere Teilung der deutschen Abgeordneten in Parlamenten in zwei Gruppen, in eine nationale und eine sozialdemokratische, nur eine scheinbare?“ Mit der Zitierrückst, wie sie dem „Pravo Lidu“ beliebt und die man nicht anders als eine verächtliche nennen kann, läßt sich wohl manches beweisen, aber wir meinen, daß diese Art Polemik der Sache der Verständigung der sozialistischen Parteien wenig zu dienen geeignet ist. Daß wir mit den Deutschbürgerlichen keinerlei Gemeinschaft haben und völlig frei und unabhängig in jeder Frage vorgehen, weiß das „Pravo Lidu“ ebenso gut wie wir, da unsere Tätigkeit klar zu Tage liegt. Auch die uns trennenden taktischen Meinungsverschiedenheiten sollten das „Pravo Lidu“ nicht dazu veranlassen, polemische Moden und Zitierrückst anzuwenden, die bislang das Vorrecht irgendwelcher Winkelblätter waren.

„Entnationalisierung“. Das Regierungsblatt „Ceskoslovenska Republika“ beschäftigt sich unter diesem Titel in einem Leitartikel mit den Verschiebungen der Siedlungsgebiete der beiden Böhmen bewohnenden Volksstämme. Der Verfasser gibt zu, daß nach dem dreißigjährigen Kriege die nationalen Verschiebungen nicht überall zu Gunsten der Deutschen vor sich gingen und daß sich insbesondere in Nordböhmen die Sprachgrenze auf Kosten des deutschen Elementes verschoben hat. Auch im 19. Jahrhundert sei der Kampf an der Sprachgrenze keineswegs immer zu Gunsten der Deutschen verlaufen. Der Einfluß der Germanisation von oben, so meint der Verfasser, wurde häufig durch die größere Fruchtbarkeit

der Tschechen und durch die Vorliebe der Deutschen für tschechische Frauen aufgehoben. In den letzten dreißig Jahren seien weit mehr Gemeinden für das Tschechentum gewonnen als verloren worden. Der Nationalitätenkampf an der Sprachgrenze gehe keineswegs als persönlicher Kampf zwischen Angehörigen beider Volksstämme vor sich. Diese leben vielmehr friedlich nebeneinander, sprechen beide Sprachen und heiraten durcheinander. Hierbei gerichten die Deutschen, sagt der tschechische Artikelschreiber, schon zur Zeit Oesterreichs ins Hintertreffen und umso mehr ist dies nach dem Umsturz der Fall, wo sie nicht mehr ihre wirtschaftliche Uebermacht und ihren politischen Einfluß wie früher ausüben können. In den Industriegegenden, im Braunkohlenrevier geschehe die nationale Umwälzung durch den Zuzug tschechischer Leute. Aber auch in den Landgemeinden sei sie möglich. Ein Zeichen dafür sei die Gemeinde Ploskovic im Nordosten von Leitmeritz, deren Boden vor dem Umsturz kaiserlicher Grundbesitz war. Noch zwei solche Gemeinden in der Richtung zur Randnieder Ebene und in die verdeutschte Gegend wäre ein bleibender Einschnitt gemacht, der mit dem tschechischen geschlossenen Gebiet im Zusammenhang steht. So könnte sich also „in umgekehrter Richtung die Geschichte nach der Schlacht am Weißen Berge wiederholen“. Beachtenswert ist, daß der Artikelschreiber zugibt, daß es den Tschechen zur Zeit Oesterreichs doch möglich war, sich national auszubreiten. Der Wunsch aber, der aus dem Artikel und insbesondere aus seinem Schlusse spricht, daß dieser Tschechifizierungsprozess immer mehr um sich greifen möge, nimmt sich an der Spitze eines Regierungsblattes recht sonderbar aus und beweist, wohin trotz allen Ableugnens vor der Fremde der Kurs geht.

Russische Kontrerevolutionäre in Prag.

Eine Note des russischen Sowjetgeandten an die Regierung.

Der Vorsitzende der russischen Sowjetdelegation in der Tschechoslowakei, B. N. Mostowenko, sandte dieser Tage dem Außenministerium folgende Note: Schon einmal teilte ich dem Außenministerium mit, daß in Prag Organisationen verschiedener Art bestehen, die sich eigenherrlich die Vertretung verschiedener russischer Institutionen beilegen. Unter diesen Organisationen nimmt eine besondere Stellung eine Organisation ein, die sich „Vertretung des Russischen Roten Kreuzes“ nennt. Einflößt ist die einzige berechtigte Delegation dieser Art, deren Vorsitzender bis in die letzte Zeit Dr. Gillerfon war und der ich jetzt vorstehe. In mündlicher Aussprache mit dem bevollmächtigten Minister Dr. Girska wurde mir mehr als einmal mitgeteilt, daß keine offiziellen Nachrichten von dem Bestande irgend einer anderen Vertretung des Russischen Roten Kreuzes in Prag der tschechoslowakischen Regierung bekannt seien und wenn dies doch eintreten sollte, würden ohne Verzug Anstalten getroffen werden, die eine solche Organisation und ihre angemachten Vertretungsrechte zu beseitigen. Nichtsdestoweniger erscheinen nach wie vor in Zeitungen Meldungen mit der Unterschrift: „Russisches Rotes Kreuz“ und der genauen Adresse: Prag II., Bedrannte Gasse 27. — Nachdem ich teils die tschechoslowakische Regierung mit, daß diese Organisation nichts gemeinsam hat mit der russischen Roten Kreuz-Organisation und daß sie nichts anderes ist, als eine politische kontrerevolutionäre Organisation, die eine bestimmte politische Sendung eines ebenfalls angemachten Zentrums hat, auf die Art wie die Organisation an deren Spitze Professor Zoidler steht. Nach Beweisdokumenten, die die Delegation des Russischen Roten Kreuzes in Händen hat, sind diese beiden Organisationen in Verbindung mit Organisationen, die zum Zwecke haben, eine politische Intervention gegen die russische Sowjetrepublik zu unterstützen.

Die obenangeführte Organisation führt betrügerischer Weise verschiedener Kreise russischer Emigranten und die tschechische Öffentlichkeit irre. So hat diese Organisation einigen Zeitungen die Meldung von der Einschreibung von Sanitätspersonal, das in Rußland bei der Hilfsaktion mitarbeiten wollte und eine Meldung über die Eröffnung der Sammlung zu Gunsten der Hungernden übermittelt. Indem sie solche Kundmachungen veröffentlicht, kann ihr doch nicht unbekannt sein, daß in Wirklichkeit, von ihren eingeschickten Körperschaften, weder einzeln noch in Gruppen nach Rußland hineingelassen werden würden, auch dann nicht, wenn sie versuchen wollten, unter irgend einem Vorwand, irgend einem Titel, und daß auch nicht ein russisches Staatsamt wie mit einer anderen gleichgearteten Organisation in Westeuropa in Verkehr treten würde.

Mit Rücksicht auf das Angeführte verlange ich nochmals die sofortige Einstellung dieser vollständig abgewirtschafteten, niemanden und nichts vertretenden, politischen kontrerevolutionären Organisation, welche die Flagge des Roten Kreuzes mißbraucht, doch mit der Tätigkeit des Roten Kreuzes nichts gemeinsam hat.

Anslaud.

Deutsche Behörden schikanieren russische Bürger Berlin, 14. September. Die „Rote Fahne“ berichtet, daß die Sowjetvertreter von den deutschen Behörden schikaniert werden. Seit Wochen liegen vor Swinemünde und Hamburg russische Handelschiffe, deren Befahrung durch die Polizeibehörden an Bord festgehalten wird und nicht ans Land gehen dürfen. Das Blatt veröffentlicht dann ein angebliches Schreiben des Kommissärs für öffentliche Ordnung Weismann, der vorschlägt, bei der deutschen Fürsorgestelle in Moskau und deren Reichendienst einzurichten, um besonders die Einreise der russischen Staatsangehörigen in Deutschland wirksam überwachen zu können.

Der Raubzug der Magyaren.

Vor einem Ultimatum der großen Entente? London, 14. Sept. (Reuter.) Die Blätter vermuten, daß die Volschasterkonferenz Magyaren eine sehr energische Note mäßig erweise sogar ein Ultimatum bezüglich der Räumung des Burgenlandes senden werde.

Drohungen der Kleinen Entente.

Belgrad, 13. Sept. Das Tsch. P. B. meldet: Angesichts des anhaltenden Kurssturzes des Dinar beschloß der Ministerrat, den Kurs durch eine Einschränkung der Einfuhr zu stützen.

Des weiteren beschäftigte sich die Regierung mit der Frage der vertragmäßigen Lieferung von Kohle seitens Ungarns aus den Bergwerken von Künflirchen. Für den Fall, daß die ungarische Regierung die Lieferung durch gewaltsamen Abschub der Kohlenarbeiter verhindert, ist eine eventuelle neue russische Okkupation des Banats als Kohlenbedarfs in Aussicht genommen. Sollte sich die Notwendigkeit einer bewaffneten Intervention zwecks Ausführung des Vertrages von Trianon ergeben, werden die Mitglieder der Kleinen Entente gemeinsam vorgehen.

Kriegserische Sprache der italienischen Presse.

Rom, 13. Sept. (Ital. Pressb.) Während die gesamte römische Presse, die von einigen italienischen und ausländischen Blättern veröffentlichte Meldung betreffs eines eventuellen Einschreitens italienischer Truppen in Burgenlande demontiert, fordert „Giornale d'Italia“ die Alliierten zu einer gemeinsamen energischen Aktion behufs Sicherung der Unverletzlichkeit der Verträge, von Zentral- und Osteuropa auf. „Corriere Italia“ hebt die gefährliche Lage hervor und wünscht, es möge der Entente gelingen, ihrer Herr zu werden, indem sie Magyaren überzeugt, daß es in seinem Interesse gelegen sei, sich jeder politischen Betätigung zu enthalten.

Die Magyaren sind die reinen Vampire.

Budapest, 14. Sept. (Tsch. P. B.) Die vom tschechoslowakischen Minister des Äußern Dr. Benes an den Botschafterrat gesandte Note erregt in Budapest Aufsehen. Es besteht die Absicht, gegenüber der tschechischen Note eine offiziöse Kundmachung zu veröffentlichen und den Beweis zu erbringen, daß die Behauptungen des Dr. Benes auf unrichtigen Argumenten beruhen.

Budapest, 13. Sept. (Tsch. P. B.) Das ungarische Telegraphen-Korrespondenzbureau meldet: Die magyarische Regierung hat nach dem Zwischenfälle von Angendorf zur Unterdrückung von Ausschreitungen in einigen Gemeinden der Zone A magyarische Bendarmen auf einige Stunden gesendet. Die magyarische Gendarmerie hat nun ihre auf die Wiederherstellung der Ordnung gerichtete Tätigkeit in der Zone A beendet und ist auf ihre Posten an der Westgrenze der Zone B zurückgegangen.

Die Korruptionsaffäre Szabo.

Budapest, 14. Sept. Wenn die Demission des Ackerbau Ministers Szabo, welche einige Parteien wegen der Affaire mit den Ausfuhrbewilligungen verlangen, zum Ereignis werden sollte, würde die Einheit der größten magyarischen parlamentarischen Partei, der Kleinen Landwirte, kaum aufrechterhalten werden können. Die Gruppe Szabos will sich in diesem Falle von der Gruppe des ehemaligen Ackerbau Ministers Rubincik trennen. Der Konflikt im Schoße der Partei der Kleinen Landwirte hat den Ministerpräsidenten Grafen Bethlen zu dem Versuche veranlaßt, seinen alten Plan, die Bildung einer einheitlichen Regierungspartei, zu verwirklichen. Unter den Verhafteten befindet sich auch der Schwiegerjohn Szabos, Tankovich. Die Polizei hat alle Geldinstitute aufgefordert, Berichte über die Einladungen des Sekretärs des Ackerbau Ministers Szabos zu erstatten, dessen Eigentum beschlagnahmt wurde.

Burgenländische Debatten im österreichischen Nationalrat.

Wien, 14. September. (Eigenbericht des „Sozialdemokrat.“) In der heutigen Sitzung des Nationalrates sprach nach dem Finanzminister der Bundeskanzler über die westungarischen Ereignisse. Er schloß seine Rede mit folgenden Ausführungen: „Der schwer geprüften burgenländischen Bevölkerung, die allen Entstellungen der Wahrheit entgegen sehnsüchtig den Augenblick ihrer Befreiung erwartet, entbietet die österreichische Regierung ihre Grüße. Sie ist fest entschlossen, für ihr Recht und ihren Schutz entsprechend zu handeln und der am 26. Juli vertragmäßig eingetretenen Souveränität im Burgenland mit allen Mitteln Geltung zu verschaffen. Die österreichische Regierung wird für alle Unbill, die der burgenländischen Bevölkerung zugefügt werden sollte und für alle verletzten Rechte Genugtuung fordern. Den hohen Mächten jedoch rufe die österreichische Regierung zu: „Eile tut not!“ In die Debatte griff Genosse Ellenbogen ein und führte aus: „Die Sozialdemokratie halte den Zeitpunkt für noch nicht gekommen. Das Verschulden an den Zuständen im Burgenland auf allen Seiten festzustellen. Eines könne jedoch schon jetzt gesagt werden: Ueber das Verhältnis der Generalkommission Oedenburg zur burgenländischen Frage könne es keinen Zweifel geben. Es kann den Herren nicht schwer gefallen sein, zu sehen, was sich in Budapest ereignet habe. Schon in Berichten einzelner dieser Herren an ihre Regierungen wurden die wirklichen Tatsachen verkannt. In großem Maße trifft auch sie die Verantwortung. Dr. Ellenbogen unterzog hierauf die Aeußerung des Finanzministeriums einer Kritik und erklärte hierauf zur Brotpreishöhung: Es ist völlig ausgeschlossen, den Brotpreis auch für den Arbeiter zu erhöhen. Das Durchbringen wird der Regierung nicht gelingen. Auch eine einfache Majorität wird für dieses Attentat auf die Arbeiterschaft nicht zu haben sein.“

Beschlüsse des Völkerbundes.

Regionale Untergruppen.

Genf, 13. September. (Sabas.) Der Unterausschuß für die Aenderungen der Statuten des Völkerbundes genehmigte mit einigen Vorbehalten den Antrag des Ministers Dr. Benesch auf Schaffung von Regionalabteilungen unter dem Schutze des Völkerbundes. Es ist bekannt, daß dieser Abänderungsantrag große Bedeutung hat, denn es handelt sich um die künftige Gebilde des Völkerbundes. Ein einflussreiches Mitglied des Völkerbundes und Anhänger des Antrages Dr. Benesch erklärte, daß der Völkerbund im Rahmen von kontinentalen oder regionalen Gruppen leben werde, die durch gemeinsame wirtschaftliche, rechtliche und soziale Interessen verbunden sind, was einer gegenseitigen Einmischung in Fragen der Außenpolitik vorbeugen werde.

Das russische Hungergespenst.

Die Hilfsaktionen.

Moskau, 14. September. (Funtspruch.) Die amerikanische Hilfsgefellschaft hat bereits eine Reihe vorbereitender Maßnahmen zur Unterstützung der Volgabebölkerung getroffen. Ihre Berichte stellen fest, daß das Gouvernement Samara vom Hunger am schwersten betroffen sei. Der erste Lebensmitteltransport der Rausenhilfe ist in Riga eingetroffen. In den nächsten Tagen werden weitere Transporte in den übrigen Distrikten erwartet.

Der Streit um Kleinasien.

Gegenoffensive der Türken.

Angora, 13. September. (Tsch. P. B.) Von der Front wird gemeldet: Die militärische Lage in Kleinasien ist folgende: Nach der Gegenoffensive der türkischen Truppen auf dem rechten Flügel sind 2 feindliche Brigaden vollständig zerstört worden. Die Türken haben Gefangene gemacht und Gewehre und Munition erbeutet. Die feindlichen Verluste werden auf ungefähr 500 geschätzt. Auf dem linken Flügel haben die türkischen Truppen nach heftigem Kampfe sehr zufriedenstellende Ergebnisse zu verzeichnen. Die Türken haben die aus 3 Verteidigungslinien sich zusammenschließenden griechischen Stellungen besetzt und Beute an Bomben, Gewehren, Maschinengewehren und Munition gemacht, die noch nicht gezählt wurde. Man rechnet mit 200 Toten. Die türkische Gegenoffensive dauert an. Türkische Flugzeuge haben eine griechische Kolonne bemerkt, die sich in voller Auflösung zurückzieht.

Der Freiheitskampf der Iren.

Vorbereitende Verhandlungen.

London, 13. September. (Reuter. Amtlich.) Die Abgeordneten der Sinnfeiner Mr. Grady und Boland haben heute nachmittags

in Gairloch mit Lloyd George verhandelt. Sie erörterten gewisse Punkte bezüglich der in der letzten britischen empfohlenen Konferenz. Die Abgeordneten sind nach Dublin zurückgekehrt, wo Lloyd Georges Ansicht weiter erwogen werden soll.

Bela Kun Organisator des kommunistischen Osterpulses?

Berlin, 14. September. (Eigenbericht des „Sozialdemokrat.“) Vor dem Ausschuh des brennküchigen Landtages, der die Unternehmung des Osterpulses in Mitteldeutschland zu führen hatte, erklärte heute Staatskommissar Dr. Weismann, er sei bereit, unter Eid zu bezeugen, daß Bela Kun zur Zeit des Aufstandes in Mitteldeutschland gewesen sei, er sei auch der berühmte „Turkstaner“, von dem Paul Löwi gesprochen hat. Wenn gleich man den Angaben des Staatskommissärs gegenüber Vorsicht üben muß, so ist doch immerhin seine Aussage zu beachten und es stimmt, daß auf Veranlassung Bela Kuns, der über die deutschen Verhältnisse nicht im mindesten unterrichtet ist, den kommunistischen Putsch in Deutschland ins Werk gesetzt wurde.

Andauernde Verschlechterung des Marktkurses.

Berlin, 14. September. (Eig. d. „Soziald.“) Die deutsche Valuta verschlechtert sich von Tag zu Tag. Heute wurden für den Dollar bereits 110 Mark und für 100 tschechische Kronen 132 Mark gezahlt. Es unterliegt keinem Zweifel, daß ein Teil dieser Verschlechterung der deutschen Valuta der Spekulation der deutschen Börse zuzuschreiben ist.

Die Wahlen in Thüringen.

Kleiner Rückgang der sozialistischen Stimmen. Berlin, 13. September. (Eigenbericht des „Sozialdemokrat.“) Bei den Wahlen in Thüringen erhielten nach den bisherigen Meldungen Sozialdemokraten 100487, Unabhängige 84566, Kommunisten 46284, Deutsche Volkspartei 95569, Landbund 78394, Deutschnationale 41904 und Demokraten 29029. Insgesamt betragen die bürgerlichen Stimmen 244887, die sozialistischen einschließlich der kommunistischen 231291. In der neuen Kammer werden die drei sozialistischen Parteien über 25 Sitze, die bürgerlichen Parteien über 27 Sitze verfügen. Die Kommunisten haben sich also durch ihre Haltung das Verdienst erworben, die Geschäfte der Reaktion zu besorgen, denn im bisherigen Landtag bestand wenigstens Stimmengleichheit zwischen Bürgerliche und Sozialisten.

Tages-Neuigkeiten.

Wie Italien seinen größten Dichter feiert. Das italienische Pressbüro meldet aus Ravenna: Die Stadt ist mit Fahnen festlich geschmückt. Es herrscht hier eine ungeheure Begeisterung. Von allen Seiten Italiens bringen die Jüge Personen, welche das Grab Dante's besuchen. Heute früh fand ein Massenumzug unter Teilnahme des Unterrichtsministers, der Bürgermeister von Rom und Florenz, der Vertreter zahlreicher italienischer Städte und fast aller italienischen wissenschaftlichen Institute, vieler Würdenträger und hervorragender Persönlichkeiten statt. Vom Farinaplatz aus bewegte sich der Zug durch die Hauptstraßen der Stadt zwischen dem Spalier der aufmarschierenden Volksmassen. Auf dem Viktor Emanuel-Platz hielten die Bürgermeister von Ravenna, Rom und Florenz, sowie Senator Rava Festreden, welche mit begeisterter Zustimmung aufgenommen wurden.

Die Banern liefern nichts ab. Wie das „Gesle Slovo“ meldet, haben die Banern bisher statt 16.000 Waggons Getreide nur 5000 abgeliefert, wie der Ernährungsminister einem Abgeordneten mitgeteilt hat. Die Folge davon ist, daß die in der Regierungsverordnung vorgesehenen Strafen von 1000 Kronen pro Zentner abgelieferten Getreides in Kraft gesetzt werden. Das „Pravo Lidu“ bemerkt dazu, daß die Bauern dem alten Oesterreich mehr abgeliefert haben, als der Republik. Ja, wenn es sich um den Profit der Banern handelt, dann liegt ihnen an der Republik genau so viel, wie am alten Oesterreich.

Wieder ein Kraftwagenlenker ermordet. Noch sind die Mörder des Chauffeurs Rasler nicht eruiert und wieder bringt der Polizeibericht die Nachricht von einer ähnlichen Untat. Vorgestern fuhr von Dresden ein Automobil (MAB 423) ab, in dem sich zwei Insassen befanden. In der Gegend von Frauenstein gaben diese gegen den Chauffeur einige Revolvergeschüsse ab, die ihn tödlich verletzten. Hierauf warfen sie ihn aus dem Wagen und ließen ihn liegen. Das Auto fuhr weiter gegen die Grenze unserer Republik zu. Es fuhr durch Pirna (?) Al. Gieshübel und wurde gestern Mittag in Teplitz gesehen. Das Auto ist geschlossen, schwarz lackiert, vorne spitz. Die Täter sind 28-30 Jahre alt, 170-175 Zentimeter groß, der eine trägt Zwicker, beide tragen Bekleidung, der eine einen schwarzen, der andere einen braunen. Der Eine hat einen rötlichen, der andere einen blauen Gummimantel. Nach den Tätern wird eifrig gefahndet.

Der Streit der Malergehilfen in Prag beendet. Der Streit der Malergehilfen in Prag und Umgebung endigte mit einem Erfolge der Arbeiterschaft. Gestern fand eine zahlreich be-

suchte Versammlung statt, bei der nach Anhörung des Berichtes des Verbandssekretärs in geheimer Abstimmung beschlossen wurde noch am Nachmittage die Arbeit anzutreten. Der Lohn der Arbeiterschaft wird um 50 Heller, um 1 K und auch um mehr pro Stunde erhöht. Der neue Vertrag wird jeder Werkstätte zugestimmt werden.

Die Soldatenratswahlen in Oesterreich. Wien, 14. September. (Tsch. P. B.) Nach den vorläufigen Ergebnissen der Soldatenratswahlen in Oesterreich wurden im Ganzen 427 Sozialdemokraten und 49 Kommunisten gewählt. Die Zahl der kommunistischen Delegierten ist dadurch von 12 auf 9 Prozent gesunken.

Hohe Zuderpreishöhung in Deutschösterreich. Die „Wiener Zeitung“ veröffentlicht eine Kundmachung, laut welcher der Zuderpreis in Oesterreich um 56 bzw. 64 Kronen per Kg. erhöht wird.

Selbstmorde. Dienstag nachmittags legte sich im Zentralspitalschloß in Holeschowitz der 24jährige Hilfsarbeiter Anton Gradedy aus Holeschowitz in dem zum Schloß des Viehes bestimmten Räume die am Balken befestigte Kette um den Hals und erschloß sich mit der Schloßvorrichtung, die zum Schließen des Viehes dient. Der Grund der Tat ist unbekannt. — Gestern erschloß sich in der Wohnung seiner Geliebten in Prag VIII der 24jährige Soldat Josef Strach aus Troja durch einen Revolveranschuss ins Herz. Die Leiche wurde in das militärische pathologische Institut gebracht.

Von der elektrischen Straßenbahn. Die Leistung der elektrischen Unternehmungen macht aufmerksam, daß die 2 Kronen-Karten nicht zur Benutzung der Nachtwagen berechtigen und es wird dem Publikum empfohlen, falls es kein Reisespiel ohne Benutzung der Nachtwagen nicht erreichen kann, sofort beim Eintreten eine 4 Kronen-Karte zu lösen, welche bei jedem Kondukteur erhältlich ist, damit er beim Umsteigen in einen Nachtwagen nicht neuerdings eine Nachtkarte lösen muß.

Ein öffentlicher Skandal in Friedek.

Ein tschechischer Patriot, der sich für 40.000 K amerikanische Lebensmittel für unterernährte Arbeiterkinder aneignet.

Das Besidenstädtchen Friedek, unweit von Tschechisch-Teschen ist der Schauplatz eines Skandalgeschichtes, die sogar in der an Korruptionsfällen so reichen Tschechoslowakei einzig dastehet. Die sozialdemokratische Partei in Friedek, das zu 90 Prozent von tschechischen Arbeitern bewohnt ist, delegierte nach dem Umsturz den Genossen Kubasek aus der Eisenbahnerorganisation als Regierungskommissärstellvertreter. Genosse Kubasek, der auch den deutschen Parteigenossen als alter, zielbewusster Kämpfer bekannt ist, erhielt nun Kenntnis davon, daß sich der Brokurist Marek des „Hospodarske sladike v Frydelu“ (der landwirtschaftlichen Niederlage in Friedek) große Vorratungen (Kondensmilch, Kaffee, Mehl, Reis, Fett, Hülsenfrüchte usw.) im Werte von etwa 40.000 Kronen angeeignet habe und erstattete pflichtgemäß hiervon die Anzeige bei der Staatsanwaltschaft in Mährisch-Ostrow. Diese Waren kamen aus den Liebesgaben der amerikanischen Mission und waren zur Verteilung an unterernährte Arbeiterkinder des Friedeker Kreises bestimmt. Dieser Marek hatte sich in den Umsturztagen dadurch zur Ortsgröße gemacht, daß er die gemischtsprachige Bevölkerung von Friedek gegeneinander hetzte. Sein Name erhielt über Friedek hinaus traurige Berühmtheit, als er sich in der kommunalen Verwaltungskommission und in der Presse den Vorwurf zuzog, daß er durch sehr sonderbare Geschäfte mit kommunalem Solge schwere Tausende verdient habe. Damals war es diesem sauberen Agrarierhauptling gelungen, sich aus der Affäre zu ziehen. In krimineller Hinsicht bleibt also der Fall Marek vorläufig auf die strafgerichtliche Untersuchung des jüngsten Skandals durch die Ostrower Staatsanwaltschaft beschränkt. Dabei verdient als bemerkenswert festgehalten zu werden, daß diese Untersuchung dem politischen und persönlichen Freund Mareks, dem Bezirksrichter Dr. Kubik übertragen wurde.

Man sollte nun meinen, daß alle Leute, die für sich den Ruf der Anständigkeit in Anspruch nehmen, eins sind in ihrem Urteil über einen Mann, einen tschechischen Patrioten, der sich in skrupelloser Weise an Gütern zu bereichern versuchte, mit denen die Menschenfreunde von jenseits des Ozeans unterernährten Arbeiterkinder der Tschechoslowakei Hilfe bringen wollten. Man sollte annehmen, daß ein Mann, gegen den bei der Staatsanwaltschaft die Untersuchung wegen eines solchen Deliktes anhängig ist, selbstverständlich von allen öffentlichen Funktionen suspendiert werde. Ja, es wäre sogar notwendig, einen solchen Verräther unter polizeiliche Aufsicht zu stellen. Aber nichts von alledem ist geschehen. Prokurist Marek bekleidet weiter seine Ehrenämter in der Friedeker Gemeinde.

fuße, so wie zum Sohn, hat man ihn noch in der Verwaltungsratsitzung am 25. August 1921 in der ökonomischen Sektion und in der Schulsektion referieren lassen. Mit den Stimmen der tschechischen Rechtssozialisten, der Nationaldemokraten, der Merikalen und mit der Stimme des „Herrn“ Marek wurde beschlossen, das Defizit von einer Million Kronen der Friedelers Bevölkerung durch Hauszins-, Grund-, Renten- und Erwerbsteuern aufzufüllen. Der Standa erreichte seinen Höhepunkt, als die tschechischen Rechtssozialisten, vom Freunde Mareks, dem Polizeikommissar Majek, geführt, in dieser Sitzung den Beschluß faßten, den Genossen Kubaschek aus ihrer Partei auszuschließen, sein Mandat in der Gemeindestube und als Regierungskommissar-Stellvertreter zu annullieren, alles nur deshalb, weil Genosse Kubaschek den standalösen Betrug Mareks pflichtgemäß angezeigt hatte. An Stelle Kubascheks, des Arbeitervertreter, wählten die tschech. Sozialdemokraten von Friedel dann einen Merikalen zum Regierungsstellvertreter.

So endet vorläufig die Friedeler Standalgeschichte damit, daß man den ehrlichen und unbefohlenen Sozialisten Kubaschek durch Enternen aus seinen Funktionen in der öffentlichen Meinung herabschleichen will, während der Betrüger Marek, der tschechische Chauvinist, weiter in Amt und Würden bleibt. Dies ist das Ergebnis der Wirtschaft in einer Gemeinde, der man seit dem Umsturz bis zum heutigen Tage künstlich eine Gewähr, der Bevölkerung wirklich verantwortliche Gemeindeberührung vorenthalten hat. Daß die tschechischen Rechtssozialisten von Friedel so ehrenhaften Anteil an dieser Geschichte haben, vergrößert den Standa.

Volkswirtschaft und Sozialpolitik.

Die Erfassung der Goldwerte. Der frühere Reichswirtschaftsminister Wiffel hat im Reichswirtschaftsrat einen Antrag eingebracht, der die Erfassung der Goldwerte bezweckt. Wenn die deutsche Wirtschaft nicht dauernden Schaden erleiden sollte, könne die Verpflichtung für die Reparation nur aus den Uberschüssen der Wirtschaft erfolgen. Mit größter Beschleunigung und nach vor der Verabschiedung der andern Steuerentwürfe möge die Regierung einen Entwurf vorlegen, durch den die Substanz der Goldwerte ohne Erschütterung der deutschen Produktion der Erfüllung der Reparationspflichten dienstbar gemacht werden könne.

Die Kohlenproduktion im zweiten Vierteljahre 1921. Das beständige Berede der Unternehmer vom Sinken der Arbeitsleistung der Bergarbeiter wird restlos durch die amtlichen Ziffern widerlegt. Die Arbeitsleistung betrug bei Steinkohle 5.81 Zentner, d. i. um 0.59 Zentner mehr als im zweiten Vierteljahre 1920, und bei Braunkohle 14.29 Zentner, d. i. um 0.47 Zentner mehr. Es gibt 373 selbständige Betriebe, davon 147 Steinkohlenbergbau und 226 Braunkohlenwerke. Im Steinkohlenbergbau sind 75.796, im Braunkohlenbergbau 51.536 Arbeiter tätig. Die Förderung betrug in dem oben genannten Quartal 29.253.356 Zentner Steinkohle und 50.423.510 Zentner Braunkohle. Der Eigenverbrauch betrug in den Steinkohlenwerken 12.85 Prozent, in den Braunkohlenwerken 9.13 Prozent. Steinkohlenfoks wurden 3.370.236 Zentner, Braunkohlenfoks 5589 Zentner, Braunkohlenbrühe 44816 Zentner erzeugt. Steinkohlen wurden ausgeführt 292.307 Tonnen (um 63.465 Tonnen mehr), Braunkohlen 1.230.191 Tonnen (um 228.446

Tonnen mehr). Davon gingen nach Oesterreich 239.337 Tonnen Steinkohle und 509.889 Tonnen Braunkohle, nach Deutschland 18.785 Tonnen Steinkohle, 702.114 Tonnen Braunkohle. Eingeführt wurden aus Deutschland 78.948 Tonnen schlesischer Kohle.

Der Streit in Nordfrankreich. Aus Paris wird gemeldet: Die Vertreter der Arbeitersyndikate und die Delegierten der Union der freien Syndikate in Roubaix und Tourcoing erklärten in einer Unterredung mit dem Minister für öffentliche Arbeiten, zu einer Zusammenkunft mit den Unternehmern, falls diese derselben zustimmen, bereit zu sein.

Rückgang des amerikanischen Handels. Die Einfuhr ausländischer Waren in die Vereinigten Staaten im Monate August wird auf 194 Millionen Dollars gegenüber 513 Millionen in der gleichen Zeit des Vorjahres geschätzt. Die Ausfuhr beträgt 375 Millionen gegenüber 578 Millionen Dollars im gleichen Monate des Vorjahres.

England und der Rückgang der Mark. Die „Daily Mail“ berichtet, prüft die Münzkommission sorgfältig die Markfrage. Der Sturz der Mark sei darnach nicht das Ergebnis der von Deutschland geleisteten Zahlungen, sondern der Unmöglichkeit, in Deutschland der Inflation Einhalt zu tun, die eine große Krankheit des feindlichen Europa geworden sei. Die Folge sei, daß Deutschlands Märkte sich mehr und mehr für englische Artikel schließen. Die britischen Industriellenverbände trügen sich ernsthaft mit der Absicht, eine Politik zu treiben, die das englische Pfund auf eine Linie zurückbringt, die den Handel mit dem Auslande wiederaufzunehmen gestatte. „Daily Mail“ glaubt, daß eine schnelle Politik trotz allem Aussicht habe, angenommen zu werden.

Der Wert der Krone. Es kosten 100 holländ. Gulden 263%, 100 Mark 77, 100 schweiz. Francs 1439, 100 schwed. Kronen 1806%, 100 Lire 351, 100 franz. Francs 598%, 1 Pfund Sterling 312%, 1 Dollar 83%, 100 belg. Francs 591%, 100 Peso 1091%, 100 Dinar 140%, 100 Lei 64%, 100 österr. Kronen 5.55, 100 poln. Mark 2.15, 100 ung. Kronen 17.27 sch. Kronen.

Kleine Chronik.

Englische Arbeitslose zum Wiederaufbau der zerstörten Gebiete. London, 13. September. 1260 Arbeitslose, ehemalige Kriegsteilnehmer, sind heute früh nach Frankreich abgegangen, um beim Wiederaufbau der zerstörten Gebiete verwendet zu werden. Wenn der Versuch ein befriedigendes Ergebnis zeigt, sollen weitere Gruppen von Arbeitslosen folgen.

Kunst und Wissen.

Neues Deutsches Theater. Heute Gerhard Hauptmanns „Die Weber“. Anfang 7 Uhr.

Auffiger Stadttheater. Am 10. d. begann das zweite Spieljahr unter der Direktion Alfred Huttigs. Lehrs „Eigennützte“ wurde in einer vortrefflichen Darstellung gebracht. Am folgenden Tage wurde unter Kiengls besunderer Leitung „Carmen“ aufgeführt. Paula Ferry, in der Titelrolle, bot eine in Gesang und Spiel gleich vorzügliche Leistung und bewies Großstadtreife. Die eigentliche Saisonöffnung blieb jedoch dem dritten Abend vorbehalten, an dem Gerhart Hauptmanns ergreifende Traumbildung „Hannelles Himmelfahrt“ von den sehr anerkanntswerten, fast durchwegs neueingeworbenen Schauspielkräften zur stimmungsvollsten Ausführung gelangte. Die Vorstellung, für die Herr Wenland als Spielleiter zeichnete, zeigt die ersten künstlerischen Bestrebungen des Theaters, das mit Kräften wie Fel. Stiz als Hannele, Herr Hillinger als Lehrer Gottwald — nur die Träger der Hauptrollen zu nennen — hoffentlich viel Schönes und Vollendetes bringen wird. S.

Aus der Partei.

Einberufung der Frauenreichskonferenz. Parteigenossinnen!

Das Frauenreichskomitee hat im Einvernehmen mit dem Parteivorstand beschloffen, für Samstag, den 12. November 1921, 9 Uhr vormittags, in die „Volkshalle“ nach Wobersbach a. G. eine Frauen-Reichskonferenz einzuberufen und schlägt hierfür folgende Tagesordnung vor:

- 1. Konstituierung.
2. Berichte a) des Frauenreichskomitees, b) der „Sozialdemokratin“. (Referentin Genossin Goldschmidt, Teplitz.)
3. Die Tätigkeit der Frauen in der gemeinsamen Organisation. (Referentin Genossin Burd, Karlsbad.)
4. Der politische Kampf um die Frauen. (Referentin Genossin Abgeordnete Kirpal, Aufsig.)
5. Wahlvorschläge an den Parteitag.
6. Allgemeine Anträge.

Zur Teilnahme berechtigt sind aus jeder Bezirks- und Kreisorganisation je eine weibliche Delegierte, ferner die weiblichen Abgeordneten und die Mitglieder des Frauenreichskomitees. Anträge für die Frauenreichskonferenz sind bis längstens 31. Oktober dem Frauenreichskomitee in Teplitz-Schönan, Seilerstraße Nr. 1 einzufenden.

Die Anmeldung der Delegierten, die von ihrer Organisation mit entsprechendem Mandat versehen sein müssen, hat gleichfalls längstens bis 31. Oktober an das Frauenreichskomitee in Teplitz zu erfolgen. Gäste haben selbstverständlich Zutritt, müssen jedoch auch im Sekretariat angemeldet werden.

An wen die Delegierten sich wegen der Beschaffung von Wohnungen wenden sollen, wird noch bekanntgegeben werden.

Wir machen darauf aufmerksam, daß jene Bezirks- und Kreisorganisationen, die weibliche Parteimitglieder als Delegierte zum Parteitag wählen, natürlich dieselben Genossinnen auch zur Frauenreichskonferenz entsenden können. Weil wir aber befürchten, daß auch heuer wieder der Parteitag nur von einer geringen Anzahl weiblicher Mitglieder besetzt sein dürfte, auf der Frauenkonferenz aber möglichst alle Organisationen vertreten sein sollen, legen wir sehr großen Wert darauf, daß alle jene Bezirks- und Kreisorganisationen, die keine Genossinnen zum Parteitag delegiert haben, unbedingt mindestens eine weibliche Delegierte zur Frauenreichskonferenz entsenden müssen. Es ist selbstverständlich, daß sich in allen diesen Fällen unsere Genossinnen in den Bezirks- und Kreisorganisationen selbst darum bekümmern müssen, daß sie wenigstens auf der Frauenreichskonferenz entsprechend vertreten sind.

Das Frauenreichskomitee.

Sammlungsausweis für Monat August 1921. Parteilonds: Preßburg K 250.—, Teplitz K 600.—, Teplitz K 50.—, Karlsbad K 2000.—, Krummhu K 300.—, Teplitz K 300.—, Teplitz K 600.—, Teplitz K 200.—, Teplitz K 600.—, Zentralwahlonds: Preßburg K 100.—, Teplitz K 300.—, Karlsbad K 1000.—, Krummhu K 150.—, Teplitz K 150.—, Teplitz K 300.—, Teplitz K 100.—, Teplitz K 300.—

Bezirkskonferenz Oberleutensdorf Sonntag, den 18. September in Oberleutensdorf. Tagesordnung: Parteitag und Frauenreichskonferenz, Wahl der Delegierten, Wahlgruppeneinteilung zur Delegiertenwahl für die Reichskonferenz.

Bezirkskonferenz Freital Sonntag, den 18. September in Böhmischesdorf. Auf der Tagesordnung steht unter anderem: Veranstaltung einer Werbeweche, sozialistische Bildungsarbeit, Wahl des Delegierten für den Reichsparteitag.

Turnen und Sport.

D. F. C. gegen C. A. F. R. Weinberge 1:4

D. F. C. Prag gegen C. A. F. R. Weinberge 1:4 (0:4). D. F. C. spielte stark unter seiner früheren Form und wurde von den Weinbergern, die die ganze Spielzeit überlegen waren, einwandfrei geschlagen. Schiedsrichter Gräy gut.

Diesen Samstag spielt in Prag C. F. C. Genova, eines der führenden Klubs Italiens, gegen S. R. Slavia.

Einen neuen Frauenrekord im Dauer schwimmen stellte Fr. M. Gade, New-York, auf, welche die Strecke Albany—New-York in 68 Stunden 35 Minuten zurücklegte.

Mitteilungen aus dem Publikum.

„Urania“.

Die „Urania“ tritt in das 5. Jahr ihres Bestandes. In dieser kurzen Zeit hat sie sich eine unbestrittene Stellung als maßgebendes, führendes Volksbildungsinstitut nicht nur in Prag, sondern auch in der Provinz errungen. Das Interesse der Bevölkerung an ihren Darbietungen und Veranstaltungen ist stetig gewachsen. In der Provinz sind eine ganze Reihe ähnlicher Unternehmungen ins Leben getreten. Die Mitgliederanzahl im abgelaufenen Vereinsjahr betrug 2000 Personen. An Vorträgen, Kursen und anderen Veranstaltungen wurden im Jahre 1920/21 404 mit 31.324 Besuchern abgehalten. Im neuen Arbeitsjahre wird die „Urania“ in den betrieblen Bahnen fortzuschreiten und unter Mitwirkung ihrer Beiräte den Kreis ihrer Aufgaben erweitern und vertiefen.

Die Tätigkeit der „Urania“ wird umfassen: 1. Einzelvorträge, Kurse und Zyklen aus allen Gebieten der Kunst und Wissenschaft (mit Heranziehung bedeutender auswärtiger Persönlichkeiten). 2. Praktische Fortbildungskurse (Neueinführung). 3. Lichtbildervorträge: „Im Bilde durch die Welt“ (jeden zweiten Sonntag nachmittags). 4. Urania-Kulturbühne. Aufführungen bedeutender Dramen aller Kulturvölker (durch den D. Bil.-V.). 5. Konzerte und moderne Komponistenabende. 6. Wissenschaftliche Spaziergänge. 7. Veranstaltungen für die Jugend: a) Einzelvorträge (jede n zweiten Sonntag Vormittag), Kurse und Exkursionen an Wochentagen (Neueinführung), b) Puppentheater, c) Theateraufführungen.

Eröffnungsprogramm: 28. September: Dante-Feier (mit Deklamationen und Lichtbildern). Vortragende: Friedrich Adler, Chefredakteur Wesselski. — 1. Oktober: Regier.-Mat Tartaruga (von der Wiener Polizeidirekt.). „Kriminaltelepathie und Retroskopie“. — 5. Oktober: Reg.-Mat Tartaruga: „Deiteres aus der Polizeifust.“ — 6. Oktober: Kirchenrat Pfarrer Dr. Zichert: Deutsche Kultur (10stündiger Kurs). — 7. Fr. Prof. Weidhacker-Dr. Weid: Musikalisch-deklamatorischer Abend. — 9. Oktober: Kurt Hiescher, Forschungsreisender, Berlin: „Das unbekante Spanien“ (mit Lichtbildern). — 11. Oktober: Doz. Dr. Fürth: „Die Wunder der Physik“ (mit Experimenten), 11stündiger Kurs. — 12. Oktober: Univ.-Prof. Grünwald: „Die bildende Kunst im Zeitalter Dantes“ (mit Lichtb.). — 14. Oktober: „Griechische Dichter und Denker“, Vortragsreihe, eingeleitet von Hofrat Professor Rzach. — 16. Oktober: I. Jugendveranstaltung. — 17. Oktober: Wilhelm Bölsche (Berlin-Schreiberhau): „Menschen- und Tierseele.“ — Mitgliederanmeldungen und Kartenerneuerung für Mitgliederanmeldungen und Kartenerneuerung für sämtliche Mitglieder (Jahresbeitrag 5 K, die Ermäßigungen): Urania-Kanzlei, Smetschlag, 2 (10—1 und 4—7 Uhr).

Herausgeber: Dr. Ludwig Czoch und Karl Cermak. Verantwortlicher Redakteur: Dr. Emil Strauß. Druck: Aktiengesellschaft Tribuna, Prag.

Gastwirtschaft „Lidový dům“ der Genossenschaft „Ganymed“ Prag II., Hybernská 7.

Gegen Ratenzahlung verkauft Herren-, Knaben- u. Kinder-Anzüge, Herren- u. Damen-Mäntel. Jul. Werner, Teplitz-Schönan, 8 Badegasse beim Kurgarten.

Für die Verwaltung des „Sozialdemokrat“ wird für Prag ein tüchtiger Inseratenvertreter gegen Fixum und Provision gesucht. Zuschriften nur von seriösen Bewerbern an die Verwaltung erbeten.

Erzeuger von Linoleum werden gebeten, bemasterte Offerte an den Arbeiter-Konsumverein Karbitz zu senden. Lieferanten von Ja. Eiern werden ebenfalls gebeten, ihre Offerte einzusenden. [53

ABADIE. Die nächste Prämien-Verteilung erfolgt am 30. Oktober 1921. 10000 Prämien. im Werte von Kč 250.000 gelangen an ABADIE- u. AXA-Raucher zur Verteilung. Letzter Termin für die Einsendung der Reklamemarken und Zigarettenpapier-Umschläge 15. Oktober 1921. Auskunft erteilt das Prämienbureau der „Abadie“ Societé à Responsabilité Limitée, Prag VIII., Lipanská 361. Telephon 3832.

Vertrauliche allerbeste Bezugsquelle. Billige Bettfedern vom Gänsezüchter! 1 kg graue Halbgeschleissfedern Kč 18.—, halbweisse geschlossene Kč 22.— u. 24.—, weisse flaumige Kč 35.—, 40.— und 50.—, Herrschafts-Halbflaumgeschleiss Kč 70.— u. 80.—, hochfeine Kč 90.—, ungeschl., weisse, feine Kč 62.— u. 80.—, grosse fertige Tuchten, gut gefüllt Kč 160.—, 190.— und 250.—, Koppolsier Kč 40.—, 48.— u. 73.— versendet gegen Nachnahme Wenzel Fremuth, Deschenitz Nr. 145, Böhmerwald. Nichtpass. tausche um od. Geld zurück. Ausführliche Preisliste gratis. 3

Kautschuk-Stampigllen erzeugt schnell, gut und billig Franz Chmel, Prag II., Nekazanka 18.

Teplitzer Plachen- u. Zeltfabrik Teplitz-Turn 2. Telef 245. erzeugt PLACHEN jeder Art. Wasserdichte, Pfarddecken, Regenmäntel Reparaturen u. Nachimprägierung alter Plachen. 28

Prager Bäckereimaschinen- u. Backofenfabrik, Prag-Straschnitz liefert billigst: Misch- und Knetmaschinen, Teig-, Teil- und Siebmaschinen, Auszugdampf-Backöfen, Einschleiss-Dampf-Backöfen, Rosibacköfen mit rauchloser Feuerung. Komplette Einrichtungen von Bäckereien. Erstklassige Ausführung! Messestand Prager Messe Nr 4142. Offerte und Abbildungen auf Verlangen kostenlos. 13